

HORST FREHE

Biografisches

Wie haben Sie Ihre Kindheit erlebt und wer hat Sie in dieser Zeit geprägt?

Ich bin das Jüngste von fünf Kindern. Meine Geschwister waren deutlich älter. Die Schulzeit habe ich als nicht besonders erfolgreich erlebt. Ich war damals ja noch nicht behindert. Mein Unfall kam erst später. Ich war zunächst auf der Volksschule - wie es damals hieß - und bin dann zum Gymnasium gegangen, dort aber an den Anforderungen, zwei Sprachen zu erlernen, nämlich Englisch und Französisch, gescheitert. Danach bin ich auf die Realschule gewechselt und habe dort viele, die ich von der Volksschule her kannte, wiedergetroffen. Ich wurde als Rückkehrer mit viel Häme bedacht und hatte einen gewissen Außenseiterstatus. Wir waren drei Freunde, die sich ein bisschen von dem sonstigen Klassenzusammenhang abgesetzt haben.

Und die Jugendzeit? Wie ging es weiter nach dem Abschluss der Realschule?

Ich hatte ja noch während der Realschulzeit mit fünfzehn Jahren meinen Unfall. Ich war mit den Eltern in den Harz gefahren und mein Bruder und ich haben am Fuße eines Steinbruchs gezeltet, während meine Eltern im Hotel waren. Abends bin ich dann den Steinbruch hochgeklettert und aus 40 Metern Höhe hinuntergefallen. Die Frage muss also lauten: wie ging es nach dem Unfall weiter? Zunächst habe ich befürchtet, nicht zu überleben. Es war klar, dass ich nicht wieder zu meiner alten Schule zurückkehren konnte, weil sie nicht barrierefrei war. Die Realschulreife habe ich in Abwesenheit bekommen. Es gab es für mich zunächst nur die Perspektive, in eine Behinderteneinrichtung in Bremen Körbe zu flechten und dort meinen Lebensabend zu verbringen. Davon war ich nicht gerade begeistert. Zum Glück hatte ich Unterstützung durch eine Krankengymnastin, die sich überall in Deutschland nach Einrichtungen für Querschnittgelähmte für mich erkundigte. Eine Möglichkeit war, noch einmal zur medizinischen Rehabilitation nach Hamburg zu gehen. Aber dafür hätten meine Eltern sehr viel Geld pro Monat zuzahlen müssen, weil das ein berufsgenossenschaftliches Unfallkrankenhaus war und diese mich nur als Privatpatient aufgenommen hätten. Die Krankengymnastin hat dann eine neu gegründete Klinik in Heidelberg ausfindig gemacht, die speziell auf Querschnittgelähmte ausgerichtet war. Diese Klinik hat mich dann im November 1966 aufgenommen.

Wie haben Sie die neue Lebenssituation annehmen können?

Ich war am Anfang sehr verzweifelt, weil ich ja nicht wusste, was auf mich zukam. Aber als ich dann in den Rollstuhl kam, hatte ich das Gefühl, ich könnte vielleicht doch noch etwas aus meinem Leben machen. Am Anfang hat man mir Hoffnung gemacht, dass die Lähmung zurückgehen würde und ich möglicherweise wieder laufen könnte. Tatsächlich kann das bei einem kleinen Teil von Personen, die inkomplett gelähmt sind, auch passieren. Aber bei mir war das aussichtslos. Das habe ich begriffen, als ich in Heidelberg viele Querschnittgelähmte sah, die alle schon lange im Rollstuhl saßen. Da war klar, dass es bei mir genauso sein würde. Ich habe dann in Heidelberg intensiv trainiert, sehr viel Krankengymnastik gemacht und war ein Musterpatient. Mit den Fortschritten, die ich dort erreicht habe, ist auch mein Selbstbewusstsein zurückgekehrt. Es war nun ein Fakt, dass ich im Rollstuhl sitze, querschnittgelähmt bin. Aber die Perspektive, in einer großen Einrichtung zu versauern, wollte ich auf gar keinen Fall und habe dies mit allen Mitteln versucht zu verhindern.

Klare Perspektive: Selbständigkeit

Wie ist Ihnen das gelungen?

An dieser Rehabilitationsklinik in Heidelberg-Schlierbach konnte man auch eine berufliche Ausbildung und Umschulung zum Industriekaufmann machen. Diese Gelegenheit habe ich wahrgenommen und ca. zwei Jahre lang diese Ausbildung gemacht. Dort war ich nur unter Erwachsenen. Ich war ja noch sehr jung und habe mit achtzehn die Ausbildung als Industriekaufmann abgeschlossen. Aber die beruflichen Perspektiven waren 1969 für Rollstuhlfahrer mit einem kaufmännischen Abschluss nicht besonders rosig. Die Stellen waren rar gesät. Daher habe ich die Aufnahmeprüfung für eine Fachhochschulausbildung zum Betriebswirt an einer anderen Rehabilitationseinrichtung gemacht, um bessere Chancen zu haben. Für die Übergangszeit bis zur neuen Ausbildung habe ich mir dann eine Stelle gesucht und das Arbeitsamt eingeschaltet. Bei der Firma Siemens in Bremen habe ich einen Praktikumsplatz gefunden. Man hat mir vom Arbeitsamt angekündigt, dass ich als ausgebildeter Industriekaufmann ein richtiges Gehalt bekommen würde. Aber als ich beim Vorstellungsgespräch fragte, wie denn die tarifliche Bezahlung sei, sagte man mir: „Wie? Geld wollen Sie auch noch haben?“ Und dann lief es auf ein Taschengeld von etwa 150 DM im Monat hinaus. Aber ich musste mich damit zufrieden geben, weil nur so mein Auto finanziert wurde. Während meiner Tätigkeit bekam ich dann von der Stiftung Rehabilitation mitgeteilt, dass ich für die Ausbildung zum Betriebswirt in Heidelberg noch zu jung sei, ich könne in fünf Jahren noch einmal anfragen. Das habe ich überhaupt nicht akzeptiert. Am selben Tag habe ich bei Siemens gekündigt, und plötzlich boten sie mir eine wesentlich bessere Bezahlung in Höhe der Vergütung für Werkstudenten. Ich habe dann an Gott und die Welt geschrieben, um die Ablehnung des Berufsförderungswerkes rückgängig zu machen, und es ist mir auch gelungen. Besonders wirkungsvoll war offensichtlich mein Brief an den damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der ihn wiederum dem damaligen Kultusminister von Baden-Württemberg, Wilhelm Hahn, weitergeleitet hat. Der schrieb mir, er könne die Entscheidung nicht abändern, weil das die alleinige Kompetenz des Berufsförderungswerkes sei. Das stand völlig im Gegensatz zu deren Aussage. Parallel zu diesem Brief von Kultusminister Hahn bekam ich dann sofort die Zulassung zur Ausbildung. Für mich war das ein Lehrbeispiel, wie man als Behinderter seine Rechte durchsetzen muss. Ein Freund von mir, mit dem ich in Heidelberg-Schlierbach während meiner Ausbildung zum Industriekaufmann das Zimmer geteilt habe, hatte immer einen Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz bei sich. Das war 1961 erlassen worden, also noch relativ neu. Das wurde für mich zur ständigen Lektüre, um meine Rechte durchzusetzen.

Woher kam diese Kraft, für die eigenen Rechte zu kämpfen?

Ich habe in der medizinischen Rehabilitationseinrichtung in Heidelberg-Schlierbach erkannt, dass man mit meiner Beeinträchtigung nur zwei Möglichkeiten hat: entweder man nimmt sein Leben komplett in die Hand und kämpft, oder man geht unter. Ich habe viele Menschen mit einer ähnlichen Beeinträchtigung gesehen, die untergegangen sind. Mir war klar, wenn ich nicht kämpfe, dann erreiche ich auch nichts. Dann gehe ich unter.

Ich hatte auch immer kleine Erfolge. Ich habe mich zum Beispiel über die Arroganz in dieser medizinischen Rehabilitationseinrichtung geärgert. Dort hing in großen Lettern ein Spruch an der Wand: "Eine wirksame Rehabilitation ist nur für diejenigen möglich, die sich ihr eigenes Ziel gesetzt haben!" Ich habe diesen Spruch nachts während einer Fete von der Wand geholt und die Buchstaben in kleine Teilchen zerpfückt. Der Spruch war so überheblich, weil er alle Schwierigkeiten und Probleme negiert, die man nach einem solchen schweren Unfall hat. Es war zwar objektiv richtig, dass man sich Ziele setzen muss, um in der Rehabilitation etwas zu erreichen. Aber es war auch möglich, trotz der

Anstrengungen zu scheitern. Einigen ist es so gegangen.

Und dann begannen Sie in Heidelberg Betriebswirtschaft zu studieren.

Ja, ich habe dieses Studium auch mit dem Ziel absolviert, eventuell noch weiter an der Universität zu studieren. Mit dem Examen hatte ich die allgemeine Hochschulreife und bin an die Uni Freiburg gegangen und habe dort Volkswirtschaft studiert. Mir war von vornherein klar, dass das nicht das Endziel sein sollte. Ich hatte den Plan, die berufliche Rehabilitation von einem Aussonderungsmodell in ein inklusives Modell zu verwandeln, weil ich diese beiden beruflichen Rehabilitationseinrichtungen selbst erlebt habe. Ich fand es völlig falsch, in einer Sondereinrichtung die Ausbildung machen zu müssen. Mir war wichtig, an einer ganz regulären Hochschule studieren oder in einem regulären Betrieb eine Ausbildung machen zu können. Das wollte ich als jemand, der einmal in der beruflichen Rehabilitation tätig werden wollte, unbedingt erreichen. Im Grunde genommen wollte ich also Berufsschullehrer an einer Rehabilitationseinrichtung werden und diese umkrempeln von einem ausgesonderten zu einem inklusiven Modell. Deswegen habe ich erst einmal Volkswirtschaft in Freiburg studiert. Ich hatte mich vorher auch nach verschiedenen Hochschulen erkundigt, um Diplomhandelslehrer studieren zu können, zum Beispiel in Mannheim. Aber dort war die Uni absolut nicht barrierefrei. Und an der FU Berlin gefiel mir die Insellage nicht. Ich bin also nach Freiburg und habe das Studium dort genossen: endlich diesem Rehabilitationsbereich entkommen zu sein, in einem ganz normalen Studentenwohnheim zu leben! Die hatten mich dort erst gar nicht aufnehmen wollen, weil ich und ein anderer Bewerber Rollstuhlfahrer waren. Der andere saß noch nicht lange im Rollstuhl. Im Verhältnis zu ihm war ich schon so was wie ein Profi. Ich habe den Wohnheimvertretern ihre Vorurteile unter die Nase gerieben, und sie haben dann nachgegeben, so dass wir beide in diesem katholischen Studentenwohnheim untergekommen sind. Das war für mich wie eine Erlösung, endlich aus diesem Rehabilitationsbereich herauszukommen. Weil das Studium in Freiburg aber nicht meinen qualitativen Ansprüchen entsprach, bin ich nach dem Grundstudium nach Konstanz gegangen und habe dort mein Volkswirtschaftsstudium abgeschlossen. Nebenbei hatte ich noch Soziologie und Politikwissenschaft studiert, das war in Konstanz gut möglich.

Was waren dann Ihre Pläne? War es immer noch Ihr Ziel, Berufsschullehrer im Rehabilitationsbereich zu werden?

Während meines Studiums hatte ich einen Schwerpunkt Entwicklungsländerökonomie gewählt. Es war für mich auch eine Perspektive, beim International Labour Office (ILO) in Genf anzufangen und dort dann in Entwicklungsländern zu arbeiten. Die wollten aber keine Behinderten nehmen. Gleichzeitig habe ich während meiner Ausbildung den Leiter einer Behinderteneinrichtung in Weingarten kennengelernt. Der bot mir an, die berufliche Ausbildung für Mehrfach- und Schwerstbehinderte aufzubauen. Das habe ich mir aber nicht zugetraut, weil ich ja keine pädagogische Ausbildung hatte, sondern reiner Ökonom war. Deswegen bin ich nach dem Studium nach Bremen gegangen. Dort habe ich mit einer Lehrerausbildung für berufsbildende Schulen begonnen, die ich aber nicht abgeschlossen habe. Inzwischen hatte ich mich nämlich gemeinsam mit anderen politisiert und die Krüppelgruppen gegründet. Praktische Politik wurde für mich wichtiger als dieses Lehrerstudium.

Die Krüppelgruppen und der Krüppelstandpunkt

Wie kam es zu dieser Politisierung in Bremen? Welche Protagonisten waren beteiligt und um welche Themen ging es?

Ich habe in Bremen - wie auch schon in Konstanz - zunächst Volkshochschulkurse zur „Bewältigung der Umwelt“ veranstaltet. Da war ich sehr stark beeinflusst von Gusti Steiner und Ernst Klee. Ich fand auch, dass wir die Konflikte und die Ausgrenzung aus der Gesellschaft selber angehen müssten. Gleichzeitig habe ich ein Doktorandenstudium begonnen, mit dem ich im Bereich Behindertenpädagogik über die politische Ökonomie der beruflichen Rehabilitation promovieren wollte bei Wolfgang Jantzen. In diesem Kreis habe ich dann wiederum eine Kollegin aus Berlin kennengelernt, die Franz Christoph kannte und mich mit ihm zusammengebracht hat. **Franz Christoph und ich haben den sogenannten „Krüppelstandpunkt“ entwickelt. Unsere Position war, dass wir unsere Unterdrückung nur überwinden können, wenn wir direkt die Konfrontation mit Nichtbehinderten suchen und in unseren Gruppen keine Nichtbehinderten dulden. Das war der entscheidende Punkt in meinem Politisierungsprozess.**

Mit diesem „Krüppelstandpunkt“ haben wir dann Gusti Steiner und Ernst Klee auch nach Bremen eingeladen. Aber da haben wir eine deutliche Niederlage erlitten. Das Publikum hing an den Lippen von den beiden und wir waren außen vor. Ich habe dadurch gelernt, dass man auf die Menschen zugehen und sie bei der Stange halten muss. So bin ich auch gegen Franz Christoph angetreten. Denn der hat mit dem Hintern eingerissen, was er vorne aufgebaut hat. In Bremen wurde dann die erste Krüppelgruppe Deutschlands gegründet. Wir haben eine Krüppelzeitung gemacht, an der ich am Anfang als Redakteur maßgeblich beteiligt war. Und wir haben versucht, auch in anderen Städten Krüppelgruppen zu initiieren. Unser Leitsatz war, dass wir uns erst einmal selbst finden müssen, unsere eigenen Unterdrückungen und Anpassungen an die Normen Nichtbehinderter untersuchen müssen, um dann aus dieser Selbsterkenntnis heraus eine eigene Strategie und Politik zu entwickeln.

Wer waren Gusti Steiner, Ernst Klee und Franz Christoph? Waren das damals Protagonisten, die schon politisiert waren, schon Standpunkte entwickelt hatten? Wie wurden Sie durch die beeinflusst?

Im Grunde genommen verlief ja die Entwicklung der Behindertenbewegung in drei Stufen: In den 1960er Jahren haben sich Menschen zu sogenannten „Clubs Behinderter und ihrer Freunde (CeBeeF) e.V.“ zusammengefunden und gesagt: wir verbringen die Freizeit zusammen und bauen auf diese Art und Weise Vorurteile von Nichtbehinderten gegenüber Behinderten ab. Die zweite Bewegung setzte Anfang der 1970er Jahre ein. Das waren die Volkshochschulkurse zur „Bewältigung der Umwelt“, die von der VHS Frankfurt ausgingen. Bei diesen Kursen haben Ernst Klee (Journalist) als Nichtbehinderter und Gusti Steiner als Behinderter zusammengewirkt und versucht, behinderte Menschen dazu zu bewegen, die Situation Behinderter gemeinsam zu verändern und auch gegen Ausgrenzung auf die Straße zu gehen. Sie haben an einem Postamt in Frankfurt Zement angerührt und dort eine Rampe gebaut, oder sie haben Straßenbahnen blockiert. Sie waren da ziemlich kreativ. Das hat mich sehr beeindruckt. Dann habe ich mit Franz Christoph den „Krüppelstandpunkt“ entwickelt. Wir haben dann auch intern das Verhältnis zwischen den beteiligten Behinderten analysiert: wie gehen sie überhaupt miteinander um? Wir haben in Gruppen von Behinderten und Nichtbehinderten festgestellt, die dem Frankfurter Konzept folgten, dass die Nichtbehinderten nach kurzer Zeit das Sagen hatten, und die Behinderten praktisch nur noch Staffage waren, für die das alles getan wurde. Sie durften zwar auch einmal etwas sagen, aber nicht den Prozess in der Hand nehmen. Mir war klar, wenn wir den Prozess in der Hand behalten wollen, dann dürfen wir nicht mit Nichtbehinderten in einer Gruppe zusammenarbeiten. Dann müssen uns selbst vertreten. Und das haben wir dann vorangetrieben. Als einmal alle drei Typen der Behindertenbewegung in Deutschland bei einem Seminar zusammenkamen und ihre

Positionen austauschten, haben Franz Christoph und ich den Sieg davon getragen, weil wir die besten Argumente hatten.

Wie hat sich diese Politisierung dann weiterentwickelt? Hatte die Promotion dann noch einen Stellenwert?

Zunächst noch. Ich bin zu einem Freund aufs Land gezogen, um meine Doktorarbeit zu schreiben. Ein Konflikt an der Universität Bremen über ein ‚Therapielabor‘ mit Wolfgang Jantzen und mit Georg Feuser, beide Hochschullehrer hat diese Pläne dann beerdigt. Die wollten eine „Beratungsstelle“ einrichten, um hinter einer Einwegscheibe Behinderte unter Beobachtung von Studenten zu therapieren. Zivildienstleistende sollten die Beratung der Eltern übernehmen. Ich fand dieses Konzept so entwürdigend und so diskriminierend, dass ich mich mit Wolfgang Jantzen völlig überworfen habe. Vor einiger Zeit habe ich noch einmal die alten Dokumente angeschaut: Er hatte mich damals dann unflätig als „Drecksau“ beschimpft. Ich wollte bei ihm daher nicht mehr promovieren. Ich habe dann meinen Lebensunterhalt mit Kursen, Lehraufträgen und ähnlichem verdient und war eben vor allem politisch aktiv. Damals in Bremen gab es für Behinderte drei zentrale Probleme, wenn sie aus einer Einrichtung herauskommen oder gar nicht erst hineinkommen wollten: das eine war die persönliche Assistenz. Damals gab es den Ausdruck noch gar nicht. Wir sagten „Pflege“ dazu. Wir brauchten also Unterstützung bei der Pflege in der häuslichen Wohnung. Das zweite Problem waren barrierefreie Wohnungen, die es nicht gab. Und das dritte Problem war die fehlende Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Kampf um Mobilität im Stadtverkehr

An dem Thema Mobilität haben sich einige Konflikte entzündet. 1977 wurde in Bremen der erste Fahrdienst für Menschen mit Behinderung eingerichtet. Der wurde sehr gut angenommen. Das führte dazu, dass rasant wachsende Geldsummen dafür notwendig wurden, so dass man nach ersten positiven Erfahrungen den Dienst schnell wieder einschränken wollte. Das wollten wir nicht zulassen. Nach einigen Straßenblockaden haben wir an einem zentralen Verkehrsknotenpunkt in Bremen die Straßenbahnen und Busse blockiert. Und in der anschließenden Debatte in der Bremischen Bürgerschaft hierzu, sind wir zu viert in einen Hungerstreik getreten mit dem Ziel, die SPD zu zwingen, die Kürzungen wieder zurückzunehmen. Und wir waren erfolgreich. Die allein regierende SPD hatte sich verkalkuliert, denn plötzlich hatten die Oppositionsparteien eine Mehrheit, weil zwei Personen aus der Regierungspartei wegen Befangenheit nicht abstimmen durften und zwei abwesend waren. Der Bürgerschaftspräsident hat dann versucht, die Debatte über den Tag ohne Entscheidung zu retten. Das hat er auch geschafft, sich dadurch aber in der Öffentlichkeit vehemente Kritik eingehandelt. Als undemokratisch und parteiisch wurde sein Verhalten bewertet. Und wir haben das Ganze auf der Zuschauerbank verfolgt und sind danach in ein griechisches Restaurant gegangen, haben gut gegessen und entschieden: „Ab morgen besetzen wir die Bremer Bürgerschaft und treten wir in den Hungerstreik.“ Wir sind dann ganz früh in das Bürgerschaftsgebäude, haben uns angekettet und hatten die gesamte Presse auf unserer Seite. Viele bekannte Sozialdemokraten haben Solidaritätsadressen geschickt. Und wir haben dann zwei Tage und zwei Nächte angekettet in der Bremischen Bürgerschaft zugebracht. Am Schluss der Plenarsitzungen haben wir uns dann mit Hilfe eines Kommissionärs – das war der Dompfarrer, der zwischen uns und den Sozialdemokraten herlaufen musste – am dritten Tag, mitten in der Nacht, geeinigt.

Wie war das - angekettet zu sein, im Hungerstreik zu sein, mit so einer Aktion für etwas einzustehen, bei der man selbst ja auch litt und zu Schaden kommen konnte?

Wir haben uns selbst eine Grenze gesetzt. Wenn die Gesundheit von jemandem stark beeinträchtigt wird, soll dieser aufhören. Wir waren zu viert. Einer ist dann auch umgekippt und wurde durch eine Frau ersetzt. Wir waren dann zwei Männer, zwei Frauen und haben die Sache durchgezogen. Ich war in der Situation so motiviert und hatte mit der Situation gar keine Probleme. Ich habe als Einziger die ganze Zeit auch nichts getrunken. Wir wollten ja Druck ausüben. Wir haben die sozialdemokratische Fraktion als so arrogant und überheblich kennengelernt, dass wir nur mit maximalem Druck hier etwas bewegen konnten. Das war ein riesiges Erfolgserlebnis und hat unseren Ruf in Bremen über Jahre begründet.

Kampf um barrierefreies Wohnen

Wie ging es dann weiter mit dem Fahrdienst?

Die Mobilität war ja nur das eine Problem um außerhalb von Einrichtungen leben zu können, das zweite waren die fehlenden barrierefreien Wohnungen. Es war die Zeit der Hausbesetzungen. Wir haben uns dann ein sanierungsbedürftiges Haus am Osterdeich angeschaut - ein schönes altes Herrenhaus mit Stuck verziert, aber vom Strom und Wasser abgekoppelt. Die vorhandenen Besetzer waren drauf und dran, daher das Haus wieder zu verlassen, weil sie nicht länger ohne Versorgung im Winter wohnen wollten. Da habe ich der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die für die Sanierung dieses Stadtteils verantwortlich war, mitgeteilt, dass wir das Haus nachbesetzen werden. Damit haben wir eine derartige Panik dort ausgelöst, dass man dort sofort bereit war, uns ein anderes Haus anzubieten, das wir heute noch von Selbstbestimmt Leben e.V. nutzen und in dem Rollstuhlfahrer wohnen. Es wurde komplett für uns umbaut und barrierefrei gestaltet. Wir hatten vor, dort in einer Wohngemeinschaft gemeinsam politisch zu arbeiten und zu wohnen. Dazu ist es allerdings nicht mehr gekommen, denn nach der langen Bauzeit – es waren über zwei Jahre – waren es dann andere, die dort eingezogen sind. Aber wenigstens haben wir das untere Ladenlokal für die Beratungsstelle Selbstbestimmt Leben bekommen. Ab da hatten wir einen Standort in Bremen.

War das der eigentliche Beginn von Selbstbestimmt Leben?

Am Anfang nannte unser Verein zur Beratung und Selbstvertretung Behinderter Krüppelselfhilfe e.V. Wir waren ja eine Krüppelgruppe und haben uns dann später in Selbstbestimmt Leben e.V. umbenannt. Ab 1981 ging von München eine Bewegung aus, die in Deutschland Zentren für autonomes Leben gründen wollte. Den Begriff „autonom leben“ fanden wir nicht so glücklich. Uns ging es um die Selbstbestimmung: nicht von anderen unabhängig zu sein, sondern das eigene Leben selbst bestimmen zu können. Deswegen haben wir uns dann von der „Autonom Leben“-Bewegung etwas abgesetzt, weil das auch ein Elitemodell war. Derjenige, der das vorangebracht hat, sprach immer von einer Motivationselite. Das fanden wir nicht gut. Wir wollten ein Konzept, das möglichst solidarisch war und alle behinderten Menschen - zum Beispiel auch mit geistigen und psychischen Beeinträchtigungen - mitnahm. Wir haben dann erst einmal dieses Haus bekommen. Ich selbst habe später ein anderes Haus umgebaut, das meine Mutter sich einmal erworben hatte, ein kleines zugängliches Arbeiterhäuschen. Dort habe ich dann 27 Jahre in einer Wohngemeinschaft gewohnt.

Protest gegen das UNO-Jahr der Behinderten 1981

Dann kamen die Ereignisse des Jahres 1981, an denen Sie auch mitgewirkt haben.

Das Jahr 1981 war im Grunde genommen das 1968 der Behindertenbewegung. 1981 wurde von den Vereinten Nationen auf Antrag Libyens zum UNO-Jahr der Behinderten erklärt. Wir hatten zu Recht befürchtet, dass sich zu diesem Anlass die Rehabilitationsgewaltigen abfeiern würden und dass sich nicht wirklich etwas verändern würde. Also haben wir überlegt, wie man diesen Leuten in die Suppe spucken kann. So hat insbesondere Gusti Steiner eine Gruppe gegründet, um die Eröffnungsveranstaltung für das UNO-Jahr in Dortmund zu stören. Franz Christoph und ich gingen davon aus, dass wir die große Zahl von Menschen, die es für eine Demonstration braucht, nicht zusammenbekommen. Die Krüppelgruppen waren ja nur ganz kleine Gruppen. Also fuhren wir nach Dortmund zur Vorbereitung der Demonstration auf der Eröffnungsveranstaltung und haben versucht, sie in unserem Sinne zu beeinflussen und zu radikalieren. Das ist uns auch trefflich gelungen. Die Teilnehmer*innen waren am Anfang furchtbar geschockt, als wir da aufgetaucht sind. Wir sind nicht mit offenen Armen empfangen worden. Aber man konnte uns auch schwerlich hinauswerfen. Wir haben dann versucht, die Aktion zuzuspitzen. Zum Beispiel haben vorgeschlagen, die Bühne zu besetzen. Dadurch haben wir den Bundespräsidenten in die Meckerecke gezwungen, die von den Veranstaltern eigentlich für uns vorgesehen war. Wir haben nicht zugelassen, dass die Rehabilitationsgewaltigen eine Friede-Freude-Eierkuchen-Veranstaltung aus der Eröffnungsveranstaltung machten, sondern haben auf der Bühne unsere Kritik an der Ausgrenzung Behinderter formuliert. Das war für die Öffentlichkeit schon ein Schock, dass da Behinderte nicht die armen und dankbaren Würstchen waren, die alles hinnahmen, was man ihnen anbot, sondern dass die aufmuckten und sich gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse wendeten.

Was haben Sie dort genau gemacht?

Ich habe zum Beispiel am Anfang ausspioniert, wie man auf die Bühne kommen kann. Das haben die Veranstalter aber mitbekommen, so dass ich schnell das Weite suchen musste. Aber wir wussten nun, dass es eine Rampe gab und wie man hinaufkommen konnte. Einige von uns sind dann von vorne auf die Bühne geklettert, andere haben z.B. mit ihren Elektrorollstühlen die Rampe benutzt. Wir haben dann fast zwei Stunden unseren Protest vorgetragen und damit die Veranstaltung völlig gedreht.

Wie hat diese Veranstaltung in die Öffentlichkeit ausgestrahlt?

Wir waren erstmalig in der Tagesschau. Es wurde darüber berichtet, dass Behinderte mit diesem Jahr der Behinderten überhaupt nicht einverstanden waren und flächendeckend Fahrdienst für Behinderte und barrierefreie öffentlichen Verkehrsmittel fordern. Weiter haben wir gefordert, dass die großen Einrichtungen wie Psychiatrien aufgelöst werden sollen und barrierefreie Wohnungen in der Stadt geschaffen werden müssen. Wir haben also Forderungen aufgestellt, die für die Öffentlichkeit wirklich neu waren.

Interne Strömungen und Meinungskonflikte

Wie ging es weiter mit den Krüppelgruppen und mit der Auseinandersetzung zwischen so unterschiedlichen Personen wie Gusti Steiner, Ernst Klee, Franz Christoph und Ihnen? Wie haben sich diese Gruppierungen wechselseitig inspirieren und gemeinsame Sache machen können?

Die Zusammenarbeit bei dieser Eröffnungsveranstaltung zum Jahr der Behinderten und darüber hinaus war natürlich immer wieder auch von Konflikten geprägt. Zum Beispiel

entstand die Idee, das Russell-Tribunal, das Menschenrechtsverletzungen in aller Welt öffentlich gemacht hatte, zu kopieren in der Form eines „Krüppeltribunals“. Gestritten haben wir uns über die Frage, welche Rolle sollen dabei Nichtbehinderte spielen? Dürfen die auch vortragen? Dürfen die sich genauso einbringen wie Behinderte? Wir von den Krüppelgruppen waren der Auffassung, dass sie nur eine organisatorische Rolle spielen dürfen, wenn überhaupt. Aber Gusti Steiner und Franz Christoph, beides Alphiatiere, haben sich dann darüber beharkt. Ich war so ein bisschen dazwischen, weil ich gesehen habe, dass wir nur gemeinsam stark sind und uns einigen sollten. Ich wurde aber mit meiner Position an den Rand gedrängt. In Frankfurt kam es dann zu einer Abstimmung, wer dieses Krüppeltribunal machen sollte. Und ganz plötzlich hatten die Krüppelgruppen die Mehrheit. Uns war aber klar, dass wir weder die Logistik noch die Menschen hatten, das allein hinzukriegen, wenn die anderen nicht mitmachen würden. Denn das hatten sie ja angekündigt. Wir haben es deshalb denen, die die Abstimmung verloren hatten, überlassen, das Krüppeltribunal auf die Beine zu stellen – und waren damit selbst außen vor. Dieser Konflikt führte auch zu der Frage: Wie machen wir weiter? Wie können wir versuchen, die Gesellschaft zu verändern? Da gab es auch wieder zwei Strömungen. Die eine Strömung hat sich entschieden, ambulante Dienste aufzubauen, um die Infrastruktur zu verbessern. Das waren zum Beispiel die Marburger. Die andere Strömung, der ich angehörte, hat sich auch in politischen Parteien organisiert. Für uns waren damals die frisch gegründeten Grünen die einzige Partei, die unsere Ideen transportieren würde. Mehrere von uns haben sich dann bei den Grünen nicht nur als Mitglieder eingeschrieben, sondern eine Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei den Grünen – bewusst *bei* den Grünen, nicht *der* Grünen – gegründet, zu der nur behinderte Mitglieder*innen Zugang hatten. So haben wir versucht, innerhalb der Grünen unsere Vorstellungen durchzusetzen. Das führte dann dazu, dass ich für die Landtagswahl in Bremen zum Beispiel nicht nur das sozialpolitische Programm, sondern auch das behindertenpolitische Programm für die neu gegründeten Grünen formuliert habe. Das wurde auch fast ohne Änderung so angenommen. Dann wurde ich wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion die Grünen in der Bremische Bürgerschaft für Behinderten- und Sozialpolitik. **Mir war immer wichtig, dass Behindertenpolitik in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingebunden ist. Deshalb fand ich es falsch, als Behinderter auf Behindertenpolitik zurückgeworfen zu werden. Ich wollte die Behindertenpolitik als Teil der gesellschaftlichen Veränderung, als Teil der Gesellschaftspolitik begriffen wissen, mit einem starken sozialpolitischen Anteil, aber auch unter dem Menschenrechtsaspekt.**

Wie ist diese Bundesarbeitsgemeinschaft bei den Grünen aufgenommen worden? Wie konnte sie umgekehrt auf die Grünen einwirken und darüber hinaus, zum Beispiel auf den Bremer Senat?

Wir haben in die Bremer Bürgerschaft unsere Position eingebracht und zum Beispiel gefordert, dass das Schulgesetz geändert werden müsse, dass die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Pflege verbessert werden, dass barrierefreie Wohnungen gebaut werden, dass für den öffentlichen Nahverkehr – das hatten wir schon zuvor, 1985, durchgesetzt – nur noch Busse und Bahnen angeschafft werden, die über einen Lift verfügen. Bremen ist bisher die einzige Großstadt, in der alle Bahnen und Busse einen Lift haben. Das waren Auseinandersetzungen, für die wir auch die Partei genutzt haben und innerhalb der Partei unsere Positionen auch durchsetzen konnten. Das war natürlich eine ganz andere Ebene als die der APO, der außerparlamentarischen Opposition. Die Grünen waren und sind bunt und haben dann auch gerade unseren Part als einen wichtigen Part innerhalb ihrer Partei anerkannt.

Wohin hat sich ihre Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Grünen

entwickelt?

Ich habe vier Jahre lang für zwei Abgeordnete als Mitarbeiter gearbeitet. Dann habe ich selbst für die Bremische Bürgerschaft kandidiert und bin auch mit einem sehr guten Wahlergebnis gewählt worden. Ich war dann vier Jahre lang in der Bremischen Bürgerschaft, war dann aber nicht mehr einverstanden, weil die Grünen zu jener Zeit in eine öko-libertäre Richtung gingen und sich als eine Art FDP gerierten. Deswegen habe ich mein Bürgerschaftsmandat zurückgegeben und bin Richter am Sozialgericht Bremen geworden.

Und die andere Gruppe um Gusti Steiner? Mit welchem Blick haben Sie jetzt diese Gruppe betrachtet, die sich den ambulanten Diensten verschrieben hatte, um den behinderten Menschen so etwas wie mehr Raumautonomie zu ermöglichen?

Gusti Steiner selbst war politisch, aber nicht parteipolitisch. Er hat sich für ein gemeinsames Behinderten- und Krüppelforum engagiert. Darin sind bewusst beide Begriffe enthalten, um deutlich zu machen, dass das ein Zusammenschluss Aller ist. Das hat über viele Jahre funktioniert. Das diente einem fruchtbaren Austausch und wurde regelmäßig über Jahre durchgeführt. Doch irgendwann hatte es sich totgelaufen. Die Beteiligten haben sich in ganz unterschiedlichen Bereichen engagiert. Gusti hat viel kommunalpolitische Arbeit gemacht, z.B. für Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln gekämpft, und auch mit Menschen aus dem Psychatriebereich zusammengearbeitet. Er war politisch sehr aktiv. Ich habe das immer beobachtet und wir haben auch gemeinsame Aktionen gemacht. Die Krüppelgruppen selber haben sich dann irgendwann aufgelöst. Nur die Frauen haben eine Krüppelfrauengruppe weitergeführt. Ich bin dann zunächst Abgeordneter geworden und dann Richter am Sozialgericht, weil ich die Herstellung von Einzelfallgerechtigkeit durch Gerichtsentscheidungen, auch wichtig fand.

Es gab ja bei Ihnen diese Übergänge von dem außerparlamentarisch politisch Aktiven zu dem Grünen: innerhalb des „bunten Felds der Grünen“ Abgeordneter zu werden und zu gestalten, dann als Richter über Einzelfälle zu richten oder mitzubestimmen und dabei einen anderen Blick auf die Rechtsprechung zu haben. Wie sehen Sie diese Übergänge? Gab es dafür besondere Anlässe?

Es gab bei mir den Frust über die parlamentarische Politik. Irgendwann war ich der Auffassung, ich kann im Parlament zu wenig verändern und habe auch nicht mehr die Fraktion hinter mir. Zum anderen musste ich irgendwo meinen Lebensunterhalt verdienen. Deswegen bin ich auch Richter geworden. Das war eben auch eine Möglichkeit, meine Subsistenz zu sichern. Und ich war die ganze Zeit, in der ich Richter war - siebzehn Jahre lang - daneben immer auch außerparlamentarisch aktiv. Ich war Vorsitzender vom European Network of Independent Living (ENIL - Europäisches Netzwerk für Selbstbestimmtes Leben). Wir waren mehrere Initiativen in Europa und haben uns zusammengeschlossen, auch mit leichter Unterstützung der Grünen. Wir sind in die USA gefahren, haben die Center of Independent Living (CIL - Zentren für Selbstbestimmtes Leben) kennengelernt und noch einmal unsere Perspektive geschärft. Für mich war ganz wichtig, dass wir dort den Gedanken des selbstbestimmten Lebens auf der einen Seite und die Bürger- und Menschenrechte auf der anderen Seite durchsetzen. Und das wurde zunehmend unsere Perspektive.

Behindertenrechtskonvention menschenrechtsbasiert

Im Zuge der Wiedervereinigung wurde vom Bundestag ein parlamentarischer Ausschuss

eingrichtet, um für die vereinigte Bundesrepublik ein neues Grundgesetz zu formulieren. Da gab es auch einen Ausschuss, der sich mit der Diskriminierung Behinderter befasste. Von Hans-Jochen Vogel kam dann der Vorschlag Artikel 3 Grundgesetz (GG) um den Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ zu erweitern. Wir hatten uns schon länger mit dem Antidiskriminierungsrecht beschäftigt. Wir hatten das ‚Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ)‘ gegründet. Gründer waren Andreas Jürgens, der aus der Gusti Steiner-Ecke kam, und ich, der aus der Krüppelgruppenecke kam. Theresia Degener war auch dabei. Sie hat maßgeblich die Diskussion um die UN-Behindertenrechtskonvention geprägt. Wir haben damals schon an einem menschenrechtsbasierten Ansatz gearbeitet.

Parallelen zwischen Entwicklungs- und Behindertenpolitik

Nach dem Thema außerparlamentarische Arbeit würde ich gern auf das Thema Entwicklungshilfe kommen. Wie hat Ihr Entwicklungshilfefahrt in Afrika Sie beeinflusst?

Während meines Studiums von 1972 bis 1976 in Konstanz habe ich im Schwerpunkt Entwicklungsländerökonomie studiert. Es hat mich sehr fasziniert, welche Prozesse insbesondere in Afrika abliefen, überhaupt das Verhältnis zwischen den reichen Metropolen Europas einerseits und den ausgebeuteten sogenannten Entwicklungsländern andererseits. Mit diesem Ungleichgewicht und Gerechtigkeitsdefizit habe ich mich intensiv beschäftigt – wie alle in unserer Wohngemeinschaft in Konstanz. Wir waren zu viert. Zwei haben sich dann für einen Studienaufenthalt in Afrika beworben. Ziel war insbesondere Sambia oder Tansania. Uns hat damals Julius Nyerere, der einen sogenannten Ujamaa-Sozialismus für sein Land gefordert hat - also eine auf Tradition aufbauende sozialistische Perspektive - sehr beeindruckt. Die beiden aus unserer Wohngemeinschaft haben den dritten motiviert. Und da wollte ich nicht zurückstehen. Ich habe mir zwar wenig Chancen eingeräumt, als Rollstuhlfahrer nach Afrika geschickt zu werden. Zufällig war aber der Vorsitzende dieser entwicklungspolitischen Gesellschaft, die die Studienaufenthalte organisierte, selber blind war und begeistert, dass sich einmal ein Behinderter bewarb. So bin ich dann zusammen mit Ulrich Schack nach Sambia gefahren. Das Thema, das uns besonders beschäftigte, war die Land-Flucht und die Bildung von Elendsquartieren am Rande der Städte, also Migration und Unterbeschäftigung. Obwohl die Menschen dort keine berufliche Beschäftigungsperspektive hatten, flohen sie vom Land in die Stadt. Die Frage, mit der ich mich auseinandergesetzt habe, war: gibt es einen Push-Effekt, also mussten sie abwandern um nicht zu verhungern, oder lag es an dem Pull-Effekt, also waren die Großstädte so attraktiv, dass die Menschen vom Land glauben, dort zumindest langfristig für ihre Kinder bessere Perspektiven zu haben? Wir hatten dann in Afrika drei Monate Zeit, das zu studieren. Wir waren bei Entwicklungshelfern untergebracht und konnten daher viele Entwicklungsprojekte in Sambia kennenlernen. Was mir insbesondere bei den Projekten GTZ - also der damaligen (bis 2011) Deutschen Insbesondere Projekte der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit schienen eher die Abhängigkeit Afrikas zu vergrößern, als dem Land wirkliche Entwicklungschancen zu eröffnen. Für mich persönlich wurde dabei klar, dass ich nicht als Weißer den Afrikanern erklären wollte, wie sie ihr Land entwickeln können. Als ich dann zurückkam und meine Examensarbeit über das Thema Migration und Unterbeschäftigung schrieb, habe ich entschlossen, mich um Belange zu kümmern, von denen ich selbst betroffen bin, nämlich Behindertenpolitik. Da war ich also schon ein wenig vom Krüppelstandpunkt infiziert, ohne Franz Christoph kennengelernt zu haben. Der hat dann mit seinen Ideen, dass wir uns erst einmal selbst erkennen und unsere Abhängigkeiten und falschen Orientierungen bearbeiten müssten, um dann Politik zu machen, ein diffuses Gefühl getroffen und mir den

Weg eröffnet, mich weiter zu entwickeln. Wir haben dann daraus den Krüppelstandpunkt entwickelt.

Erfahrungen aus den USA: Die Independent Living-Bewegung

Noch einmal zurück zu Ihren außerparlamentarischen Aktivitäten - Ihrer Tätigkeit als Sozialrichter und im Forum behinderter Juristinnen und Juristen. Wie sind die Standpunkte Menschenrechte, Bürgerrechte und Selbstbestimmung miteinander verwoben?

Das war eine Erfahrung, die insbesondere aus der amerikanischen Independent Living-Bewegung kam und die wir nach Deutschland brachten. Wir hatten vier Centers on Independent Living kennengelernt: in New York, Boston, Berkeley und St. Louis. Dort hatten wir gesehen, wie die Amerikaner ihre Interessen organisieren und wie sie politisch agieren. Entscheidend war, dass sie mit der Strategie der Bürgerrechtsperspektive - einer Perspektive für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung - sehr viel Erfolg hatten. Wir haben nie zuvor ein so barrierefreies Land erlebt. Wir konnten in Gaststätten gehen, da gab es barrierefreie Zugänge und Behindertentoiletten. Wir konnten erstmalig öffentliche Verkehrsmittel nutzen, weil die Busse Lifte hatten. Wir haben die Bahn genutzt und konnten auch in den Nationalparks umherfahren, weil die Wege alle barrierefrei waren. Gleichzeitig haben wir aber auch die gnadenlose Konkurrenz in den USA kennengelernt, die insbesondere im sozialen Bereich keine ausreichenden Mittel vorsah, um die Menschen bei ihrer Teilhabe zu unterstützen. Uns war also klar: wir müssen die soziale Infrastruktur und sozialen Leistungen in Deutschland mit den Bürgerrechten und dem Diskriminierungsschutz kombinieren. Die US-Amerikaner hatten damals in den 1970er Jahren in ihrem Rehabilitation Act - also dem Rehabilitationsgesetz - den Paragraphen 504 verankert. Der schrieb vor, dass alle Institutionen, die in irgendeiner Weise Bundesmittel erhalten – das waren z.B. alle Busgesellschaften, alle Universitäten – die Teilhabe behinderter Menschen sicherstellen müssen und Behinderte nicht diskriminieren dürfen. Mit dieser Vorschrift haben sie sehr viel erreicht. Dann kam das Americans with Disabilities Act (ADA) von 1990 (Verbot von Diskriminierung aufgrund einer Behinderung), das die nächste Stufe war nach dem Paragraphen 504 im Rehabilitation Act. Dieses ADA '1990 hat uns dazu inspiriert, auch für Deutschland eine Antidiskriminierungsgesetzgebung zu fordern. Wir haben dann als FbJJ im Jahr 2000 einen ersten Entwurf zur Diskussion gestellt und ein Jahr später einen weiteren Entwurf. Dieser Entwurf wurde sehr intensiv diskutiert unter den Behindertenverbänden. Aber auch in die Koalitionsverträge wurde eine Verpflichtung zur Schaffung eines solchen Antidiskriminierungsgesetzes für Behinderte aufgenommen. Doch es bestand wenig Neigung, insbesondere vom Justizministerium, diese Verpflichtung auch umzusetzen. Wir hatten aber den Behindertenbeauftragten Karl Hermann Haack auf unsere Seite, der als Vorsitzender des Seeheimer Kreises in der SPD sehr einflussreich und ein guter Freund des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder war. Haack hat sich sehr dafür eingesetzt, die Gesetzgebung in Gang zu setzen. Im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA, bis 2002) wurde eine Arbeitsgruppe für ein solches Gesetz eingerichtet. Andreas Jürgens und ich wurden zu dieser Arbeitsgruppe hinzugezogen - ich wurde als Richter abgeordnet mit vollem Deputat, Andreas machte das neben seiner Richtertätigkeit. Nach kurzer Zeit wurde klar, dass das Bundesjustizministerium die zivilrechtlichen Bestimmungen nicht gleichzeitig ausarbeiten würde, so dass es zunächst bei den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen im Rahmen eines Behindertengleichstellungsgesetzes bleiben würde. Wir fanden diese Trennung sehr unglücklich, konnten aber an diesem Kompromiss nichts ändern. Das war eine Vorgabe des Bundesjustizministeriums, das versucht hat, im Zivilrechtsbereich ein Antidiskriminierungsgesetz zu verhindern. Sie mussten schließlich von der Europäischen

Union gezwungen werden, die Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland umzusetzen. Nur unter Androhung erheblicher Strafzahlungen ist das Justizministerium tätig geworden und hat dann später das ‚Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz‘ formuliert.

Das Instrument der UN-Behindertenrechtskonvention

Welche Bedeutung hat für Sie die UN-Behindertenrechtskonvention, wenn man die behindertenpolitische Landschaft weltweit betrachtet, und wie wirkt sich die Konvention auf Deutschland, Amerika und vielleicht auch andere Länder aus? Was hat sich vielleicht verschoben, was ist an Positivem entstanden?

Als Vorsitzender des European Network on Independent Living (ENIL - europäisches Netzwerk für selbstbestimmtes Leben) habe ich die Sichtweisen aus unterschiedlichen Ländern kennengelernt. Am Anfang war es sehr schwer, die unterschiedlichen Erfahrungen und Denkweisen zusammen zu bekommen. Die Briten hatten ein ganz anderes Verständnis von Gleichstellung als wir, wir wiederum ein anderes Verständnis von sozialer Infrastruktur als die Belgier, und Ähnliches mehr. Damals habe ich verstanden, wie wichtig es ist, solch einen internationalen Kommunikationsprozess in Gang zu setzen. Als dann die Diskussion um eine Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen entstand, dachte ich: Das ist nur ein Stück Papier, das man dann irgendwann abheftet, in dem schöne Sätze und ehrenwerte Ziele drinstehen. Aber sie werden mit dieser UN-Behindertenrechtskonvention nicht die praktische Politik vor Ort verändern. Aber als ich hörte, dass Theresia Degener sich in diesen Prozess ganz massiv eingemischt hat und dann noch von der Bundesregierung als Botschafterin nach New York delegiert wurde, hatte ich schon ein gutes Gefühl. Als die Behindertenrechtskonvention dann verabschiedet wurde und ich sie zum ersten Mal in deutscher Fassung lesen konnte, war ich sehr beeindruckt, was dort an Rechten und an Maßnahmen gegen Diskriminierung verankert war. Ich finde, die Menschen, die das formuliert haben, haben einen sehr guten Job gemacht. Diese Behindertenrechtskonvention greift mit ihrem Instrumentarium in nationales Recht ein. Der eigentliche Mechanismus, dass ein Mitgliedstaat in der UN-Vollversammlung bloßgestellt oder an den Pranger gestellt wird, ist für mich eine stumpfe Waffe. Aber dass die Behindertenrechtskonvention in Deutschland die Gesetzgebung und Rechtsprechung prägt, ist außerordentlich bedeutsam. Erst als ich als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft über das Schulgesetz debattierte, merkte ich, wie wichtig Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention für die Inklusionsdebatte war, weil er vorgab, dass das Schulsystem inklusiv zu sein hat. Dadurch habe ich gemerkt, wie mit dem Instrument der UN-Behindertenrechtskonvention das Denken verändert und der politische Prozess umgekrempelt werden kann. Bei der Reform des Schulgesetzes in Bremen war am Anfang überhaupt nicht beabsichtigt, Inklusion umzusetzen. Aber durch unseren Einfluss wurde es dann ein Thema. Es wurden Gutachten eingeholt, Debatten geführt und politischer Druck ausgeübt. Irgendwann war es das Kernthema dieser politischen Diskussion. Wir haben dadurch in Bremen erreicht, dass alle bremischen Schulen im Rahmen eines Zehnjahresprozess sich zu inklusiven Schulen entwickeln müssen. Dieser Prozess kam dann aber schneller in Gang, weil die Eltern mit den Füßen abgestimmt haben. Sie haben ihre Kinder nicht mehr an Sonderschulen oder Förderzentren angemeldet, sondern an Regelschulen. Am Anfang gingen wir davon aus, dass vielleicht zehn Prozent dieser Kinder an Regelschulen unterrichtet werden sollten. In Wirklichkeit waren es dann dreißig Prozent, im nächsten Jahr schon fast fünfzig Prozent, und im dritten Jahr weitaus mehr als die Hälfte der Kinder, die plötzlich auf Regelschulen ging.

Die UN-Behindertenrechtskonvention wirkt aber nicht nur auf die Schulen ein. Inklusion ist keine Frage der Schulen, sondern des gesellschaftlichen Herangehens: Wie verortet man

Behinderte? Grenzt man sie erst einmal aus und gibt ihnen dann die Chance zur Rehabilitation und Integration, oder gestaltet man von vornherein die Verhältnisse so, dass Behinderte gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können? Das gilt auch für die gesamte soziale Infrastruktur, für Sondereinrichtungen, Wohneinrichtungen, Heime, Anstalten bis hin zu Werkstätten für behinderte Menschen. Alles das gehört umgekrempelt und inklusiv gestaltet. Und das ist ein langer Prozess. Aber jetzt haben wir ein Instrumentarium in der Hand – nämlich die UN-Behindertenrechtskonvention – mit der wir diesen Prozess verstärken und positiv gestalten können. Ich glaube, ohne die UN-Behindertenrechtskonvention hätten wir das nicht geschafft.

Kritik am Bundesteilhabegesetz

Es gibt gerade eine positive Entwicklung: die UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2008 in Deutschland ratifiziert. Jetzt 2016 gibt es das Bundesteilhabegesetz. Alle haben sich gefreut. Das Gesetz betrifft verschiedene Bereiche. Aber es herrscht große Enttäuschung unter den Behindertenverbänden, der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung und anderen behinderten Menschen. Welche Position nehmen Sie da ein?

Nach vier Jahren Abgeordnetendasein bin ich Staatsrat für Soziales geworden. Ich habe dann in dieser Funktion als Ländervertreter in einem Prozess der Beteiligung und Anhörung, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales organisiert worden war, teilgenommen. Die Diskussionen waren erstaunlich konstruktiv. Der Hintergrund der Diskussion war die Bestimmung im Koalitionsvertrag von 2013, dass ein Teilhabegesetz verabschiedet werden sollte und die Kommunen in der Eingliederungshilfe entlastet werden sollten. Dafür hatte die Bundesregierung 5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Irgendwann in vor der letzten Sitzungen kam es dann zu einer Übereinkunft zwischen dem Bundesfinanzminister, den Länderfinanzministern und Ministerpräsidenten, diese fünf Milliarden an die Kommunen und Länder unabhängig von der Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes zu zahlen. Da fiel der ganze Reformwille plötzlich in sich zusammen. Es war also offensichtlich nur um das Geld in den Kommunen und Ländern gegangen und nicht um wirkliche Reformen – obwohl wir mehrere Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz hatten, die das einforderten. Danach feierte der alte Fürsorgegedanke des Sozialgesetzbuches XII, also der Sozialhilfe fröhliche Urstände. Das heißt, sie wollten nicht wirklich die rechtlichen Strukturen verändern, sondern sie in das neue Sozialgesetzbuch IX übertragen. **Wir sind völlig enttäuscht, dass der Reformwille der Bundesregierung so erlahmt ist und das Konzept, das mit dem Bundesteilhabegesetz verfolgt wurde, nicht in eine wirkliche Reform gemündet ist. Die UN-Behindertenrechtskonvention wird nicht wirklich umgesetzt, sondern es wurden stattdessen zahlreiche neue Einschränkungen formuliert, sodass wir möglicherweise ein schlechteres Gesetz haben werden als vorher.**

Wir haben dann, als wir die Entwürfe der Bundesregierung gesehen haben, versucht, auch über den Bundesrat in den Diskussionsprozess einzugreifen. Der Bundesrat hat einige Ideen aufgegriffen. Dieses Gesetz muss noch massiv nachgebessert werden. Damit wird insbesondere im Bereich Arbeit immer noch nicht die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt - nämlich dass jeder behinderte Mensch Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben soll. Stattdessen werden - unter dem Maßstab wirtschaftlich verwertbarer Leistungen - Menschen aus den Werkstätten sogar noch ausgegrenzt. Und in den Werkstätten gibt es keinen Mindestlohn, sondern nur ein kleines Taschengeld. Diese Bestimmungen widersprechen nach wie vor der UN-Behindertenrechtskonvention. Ich hatte mich während des Gesetzgebungsprozesses im September 2016 mit anderen Behinderten am Spree-Kai angekettet, um – back to the roots – deutlich zu machen, dass

auch außerparlamentarische Opposition nötig ist, um hier noch etwas zu verändern. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die die Gleichstellungsrechte mitgeprägt hat, muss jetzt auch konsequenterweise ein Recht auf soziale Teilhabe angewendet werden. Damit dürfen eben nicht diskriminierende Vorschriften wie die Anrechnung von Einkommen und Vermögen Gesetzeskraft erlangen. Es muss auch endlich möglich sein, persönliche Assistenz aus einer Hand zu organisieren und dafür die rechtlichen Grundlagen zu bekommen. Und es muss die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben gefördert werden, mit der notwendigen Unterstützung und Assistenz. Das wurde bisher nicht in das Gesetz aufgenommen. Daher muss das Gesetz noch nachgebessert werden.

Die digitale Generation in der Behindertenbewegung

Wie erleben Sie die neuen Wilden, die jetzt auch aktiv werden – Konstantin Grosch oder Raul Krauthausen?

Die erlebe ich als nicht als sehr wild, aber als Menschen, die tatsächlich wieder etwas durch Aktionen bewegen und bewegen wollen. Das finde ich toll! Das erinnert mich an meine damalige Zeit, auch wenn wir nicht ständig auf das Handy geguckt und es als eines der wichtigsten Instrumente für unseren politischen Kampf genutzt haben, weil es damals noch keine Handys gab. Die Aktionsformen sind eben andere als bei uns damals. Wir haben Straßenbahnen blockiert. Heute finden zwar auch noch Demonstrationen am Brandenburger Tor statt, aber ganz viel läuft über elektronische Medien. Das ist zwar nicht mehr meine Welt, aber ich finde es toll, dass sich wieder etwas bewegt. Ich glaube auch, dass sich derzeit eine neue außerparlamentarische Opposition bildet, die vielleicht massiver auftreten kann, als wir es damals getan haben. Ich würde mich darüber freuen.

Sie reisen gerne, sind schon viel herumgekommen und haben jetzt einen Plan: Sie wollen in ihren Lieblingskontinent Australien reisen. Was bedeutet Australien für Sie und was möchten Sie dort erleben?

Ich werde einmal quer durch Australien und Tasmanien reisen. Ich finde Australien nicht nur landschaftlich besonders reizvoll, ich mag auch die Menschen. Ich kenne kein Land, in dem Menschen mit Behinderung so respektvoll behandelt und so unkompliziert und freundlich unterstützt werden. Außerdem faszinieren mich die Kultur, die Landschaft und die sozialen Strukturen in Australien. Ich fühle mich dort sehr wohl. Wenn ich jünger wäre, würde ich wahrscheinlich nach Australien auswandern. Deswegen habe ich auch einen längeren Aufenthalt geplant, um noch mehr von diesem Land kennenzulernen.

Das Interview führte Andreas Brüning.